



## Deutschlands Sinkflug drehen Die Bundesregierung hat es in der Hand

Es ist richtig, angesichts der wirtschaftlichen Lage nicht in Alarmismus zu verfallen. Falsch ist es aber auch, die Lage schönzureden. Die Bundesregierung und der Bundeswirtschaftsminister müssen die Warnzeichen vom wirtschaftlichen Sinkflug Deutschlands ernst nehmen. In Deutschland und Bayern gibt es nach wie vor zahlreiche erfolgreiche, innovative, international wettbewerbsfähige Unternehmen. Sie liefern moderne Lösungen für die Herausforderungen dieser Zeit. Aber wir könnten aus diesen unternehmerischen Stärken noch viel mehr machen, wenn die Standortbedingungen besser wären. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschlands verschlechtert sich zunehmend. Linde zieht von Frankfurt an die New Yorker Börse, Biontech baut neue Forschung in Großbritannien aus, BASF errichtet sein neues Werk in China, Viessmann verkauft seine Klimasparte in die USA. Die Anzeichen einer schleichenden Deindustrialisierung dürfen nicht ignoriert werden. Die Wirtschaft der Bundesrepublik insgesamt schwächelt.

### Wachstum:

Deutschland ist der einzige G7-Staat, der aktuell nicht wächst. Laut IWF geht das Bruttoinlandsprodukt 2023 um 0,3 Prozent zurück. Die Weltwirtschaft wächst um 3,0 Prozent, die USA um 1,8 Prozent und die Euro-Zone um 0,9 Prozent. Das ifo Geschäftsklima für Deutschland ist dagegen im Juli weiter gesunken. Die Flaute hält also weiter an.

Gravierender ist es, dass Deutschland beim Wachstum auch im Langfristvergleich zurückfällt. Während das BIP in Deutschland vom 4. Quartal 2019 bis zum 1. Quartal 2023 um gut 1 Prozent zugelegt hat, ist es im selben Zeitraum in Italien um 4,5 Prozent, in Frankreich um 3,6 Prozent in den Niederlanden um 7,1 Prozent und im Durchschnitt des Euroraumes um 3,8 Prozent gestiegen. Die USA kommen auf ein Plus von 25 Prozent(!). Wir fallen zurück.

### Industrieproduktion:

Die Produktion der Industrie in Deutschland geht seit dem Hoch im Jahr 2018 um 1,9 Prozent pro Jahr zurück und liegt nun nur noch auf dem Niveau von 2007. Die Produktion der chemischen Industrie ist seit 2021 um 23,1 Prozent eingebrochen. In kaum einem anderen OECD-Land hat die Industrie aber einen so hohen Wertschöpfungsanteil als in Deutschland und Bayern mit einem Fünftel bzw. fast einem Viertel. Aus der Industrie kommen die meisten und wichtigsten Innovationen v.a. auch für eine klimaneutrale Wirtschaft.

Arbeitszeit:

In keinem anderen OECD-Staat wird weniger gearbeitet als in Deutschland. Die Arbeitszeit sinkt seit 1991. Sie liegt heute in Deutschland bei 1.344 Stunden. Im OECD-Durchschnitt bei 1.752 Stunden, in den USA bei 1.811 Stunden, in Frankreich bei 1.511 Stunden, in Japan bei 1.607 Stunden und in Italien bei 1.694 Stunden. Weniger arbeiten verschärft den Arbeitskräftemangel durch den demografischen Rückgang des Erwerbstätigenpotenzials zusätzlich. Wenn weniger gearbeitet wird, bleibt aber auch weniger zum Verteilen.

Arbeitskosten:

Die Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe liegen in Deutschland durchschnittlich bei 43,20 Euro pro Stunde. Im europäischen Vergleich ist die BRD somit eines der teuersten Produktionsländer. Vergleichsländer wie Frankreich und Großbritannien sind attraktivere Standorte mit Kosten von 39,88 Euro bzw. 28,28 Euro pro Stunde. Die Rechnung „besser sein um das, was wir teurer sind“ geht nicht auf, wenn die Produktivitätsentwicklung nicht mit den Kosten Schritt hält.

Unternehmenssteuern:

In Deutschland betragen die Steuern auf Unternehmensgewinne 2023 29,94 Prozent. Das ist die höchste Steuerbelastung aller G 7 Staaten. Im Vereinigten Königreich liegt der Steuersatz auf Unternehmensgewinne bei 19 Prozent, in den USA bei 25,77 Prozent, in Frankreich bei 25,83 Prozent. Ungarn hat unter den OECD-Ländern den niedrigsten Steuersatz auf Unternehmensgewinne mit 9 Prozent. Unternehmensgewinne sind die Grundlage und der Spielraum für die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen und Innovationen. Sie sind zugleich entscheidende Parameter für internationale Standortentscheidungen. Niedrigere Steuern, höhere Gewinne, mehr Zukunft!

Industriestrompreise:

Die deutsche Industrie musste bereits vor der Krise die höchsten Strompreise weltweit verkraften. Heute liegt der Industriestrompreis in Deutschland bei 25 Cent je Kilowattstunde. Frankreich hat einen Strompreis von 15 Cent pro Kilowattstunde, Großbritannien 22 Cent pro Kilowattstunde, Japan 15 Cent pro Kilowattstunde. Der Industriestrompreis in den USA liegt bei 7,50 Cent pro Kilowattstunde. Schätzungen für China legen einen Industriestrompreis zwischen 1,5 bis 2 Cent pro Kilowattstunde nahe. Das trifft die chemische Industrie und energieintensive Betriebe besonders hart. Für den Mittelstand sieht es nicht besser aus. Je energieintensiver das Geschäft, desto unattraktiver ist der Standort Deutschland. Die Industrie braucht einen Industriestrompreis, aber auch Mittelstand und Handwerk brauchen wettbewerbsfähige Strompreise.

Bürokratie:

Ein mittelständisches Unternehmen in Deutschland muss 218 Stunden pro Jahr aufbringen, um den bürokratischen Aufwand der Steuer- u. Sozialversicherungsabgaben nachzukommen. In Frankreich sind es hingegen 139 Stunden, Großbritannien 114 Stunden und bei Spitzenreiter Schweiz nur 63 Stunden. Unternehmen sollten sich mehr

um ihre Geschäfte kümmern können und weniger mit Bürokratie herumschlagen müssen.

In der Summe signalisieren die einzelnen Indikatoren ein ernst zu nehmendes Krankheitsbild Deutschlands. Dagegen helfen keine einzelnen kleinteiligen Programme, keine neuen schuldenfinanzierten Ausgaben- und Subventionsprogramme des Staates. Die Wirtschaft braucht insgesamt mehr Freiheit. Es ist Zeit für eine umfassende Wachstumsagenda. Dazu gehören eine substanzielle Senkung der Unternehmenssteuern, eine glaubwürdige Begrenzung der Sozialabgaben, niedrigere Energiepreise durch Erhöhung des Angebots an gesicherter Leistung, ein Stopp der regulativen Wirtschaftssteuerung, neue Handelsabkommen, Rückführung der Staatsquote, ernste Einhaltung der Schuldenbremse, Emissionshandel in der Klimapolitik statt regulativer Eingriffe in die Wirtschaft etc. Ziel breiter und umfassender Reformen in diesem Sinne ist es, Anreize für mehr Investitionen und Innovationen der Unternehmen am Standort Deutschland zu setzen. Deutschland kann es besser. Die Bundesregierung hat es in der Hand. ■